

Der „Briefetelbote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M. monatlich Briefgebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briefetel-Bote

Angaben werden in der Geschäftsstelle Briefetelbotes, Bahnhofstraße 6 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die monatliche Postgebühr beläuft sich auf 10 Pfennig, die Restsumme 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehniß, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Sprechender: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetelbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 114      Postfachkonto: Berlin 62 448      Dienstag, den 20. Juli 1926      Postfachkonto: Berlin 62 448      25. Jahrg

### Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

#### Arbeitsnachweis.

Mit Rücksicht auf die andauernde große Arbeitslosigkeit in der hiesigen Gemeinde bitte ich alle Arbeitsgeber dringend, bei Bedarf von Arbeitskräften sich an den hiesigen Arbeitsnachweis, Rathaus, Zimmer 25, zu wenden.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

### Hohen Neuendorf

#### Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

##### Gemeindevorsteher-Sitzung.

Von Montag, den 19. Juli d. J., nachmittags 7.30 Uhr findet in dem Sitzungssaal, Berliner Straße 39, eine Sitzung der Gemeinde-Versammlung statt. Die Herren Schöffen und Gemeindevorstand werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Nichtanwesenden sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

##### Tagesordnung:

Beratung des Haushaltsvoranschlags für 1926.

##### Feuerwehrbeitrag.

Der Gemeindevorstellung liegt zurzeit der Entwurf einer Orts- und einer Polizeiverordnung über das Feuerlöschwesen vor. Nach der Orts- und Polizeiverordnung soll jeder männliche Einwohner im Alter von 18 bis zu 60 Jahren verpflichtet sein, einer zu gründenden Pflichtfeuerwehr anzugehören und persönlich Feuerlöschdienst zu tun. Die Pflichtfeuerwehr soll Übungen usw. abhalten und mit der hier beschriebenen freiwilligen Feuerwehr zusammen arbeiten. An Stelle der persönlichen Dienste (Sonderdienste) kann jeder Pflichtige einen abhelfend von der Gemeindevorstellung festzusetzenden Geldbeitrag zahlen, womit er von diesen Diensten befreit ist. Für das Rechnungsjahr 1926 ist der Jahresbeitrag auf 2 M. für Ehegatten und 4 M. für ledige von der Finanzkommission vorgeschlagen worden; er kann aber auch höher werden, etwa bis zu 6 M. jährlich. Befreit sind u. a. Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr und der Sanitätskolonne sowie Unfallversicherungspolizisten (Erwerbslose) für die Dauer der Unterfertigung.

Jahresbeitrag aller männlichen Einwohner von 18 bis zu 60 Jahren, die nicht den Geldbeitrag zahlen, sondern die persönlichen Dienste leisten wollen, auf, von Montag, dem 19. Juli bis zu Samstag, dem 24. Juli, von morgens 8-12 Uhr im Gemeindevorstand - Zimmer 7 - in eine dort ausliegende Liste einzutragen. Es genügt auch eine in dieser Zeit bei mir eingehende schriftliche Erklärung. Die Erklärung würde später nur aus rechtlichen Gründen wiederzuerufen werden können.

### Was gibt es Neues?

- Anlässlich des Besuchs der Reichsratsmitglieder in Polen trat der preussische Regierungsvorsteher dem von polnischer Seite verbreiteten Gerücht von einem deutsch-polnischen Länderaustausch entgegen.
- Der französische Geschäftsträger in Washington ist amtlich davon unterrichtet worden, daß Frankreich keine weiteren Schuldenerleichterungen von Amerika zu erwarten hat.
- Die beiden norwegischen Minister Westing und Benzer gegen die die Reichsgerichtsanlage erhoben worden ist, sind zurückgetreten.
- Neue schwere Unwetter über Schlesien haben besonders in den Primäranmer Jagdrevieren erhebliche Verwüstungen angerichtet.
- In der Nähe von Sarajewo wurde ein Eisenbahnzug durch einen Erdbeben erschüttert, wobei sämtliche Reisende umkamen.

### Sturz des Kabinetts Briand.

Ein Ermächtigungsgesetz in Frankreich. Die Drohung des französischen Finanzministers Caillaux in der Finanzkommission der Pariser Kammer, im Falle der Ablehnung der von der Regierung zur Behebung der Währungsnotlage geforderten Vollmachten sein Amt niederzulegen, hat nichts gekostet. Die Kammer hat vielmehr nach längerer Beratung das geforderte Ermächtigungsgesetz mit 288 gegen 243 Stimmen abgelehnt, worauf Briand sofort die Resignation des Kabinetts einreichte, die auch vom Präsidenten Doumergue angenommen wurde.

Die Sitzung der Kammer verlief außerordentlich dramatisch. Für die Opposition trat Kammerpräsident Herriot als Sprecher auf. Unter großer Begeisterung des Hauses betonte er, nicht als Abgeordneter, sondern als Präsident der Kammer und als Hüter der Rechte des Parlaments zu sprechen. Er halte es für seine Pflicht, so sagte er, die Regierung in einem Augenblick, wo es um das Schicksal nicht nur des Parlaments und der Verfassung, sondern des Landes selbst gehe, vor den gefährlichen Folgen des Weges zu warnen, den sie beschritten habe. Er beschwor die Regierung, auf den Versuch zu verzichten, das Parlament seiner fundamentalsten Rechte und Pflichten zu berauben. Was die Regierung jetzt von der Kammer verlange, sei ein offener Verstoß gegen die Verfassung und gegen die Gesetze der Republik. Das Parlament spreche zurück vor dem Versuch, eine Diktatur aufzurichten. Welch könne ein Problem, wie es die Stabilisierung der Währung darstelle, nicht in allen Einzelheiten in voller Öffentlichkeit erörtert werden, aber man dürfe nicht soweit gehen, das Parlament bis Ende des Jahres einfach beiseite zu schieben. Die Konsequenzen des Ermächtigungsgesetzes seien unabsehbar. Herriot drohte sogar, falls das Ermächtigungsgesetz angenommen werden würde, das Amt des Kammerpräsidenten niederzulegen.

Ministerpräsident Briand antwortete sehr erregt, erinnerte gefühlvoll an die tragischen Stunden von Verdun und betonte, daß die Auseinandersetzung zwischen ihm und Herriot im jetzigen Augenblick als ein tragisches Ereignis bezeichnet werden müsse. Er habe als guter Republikaner die christliche Überzeugung, daß der von ihm vorgeschlagene Weg das Beste für das Parlament nicht untergraben, sondern im Gegenteil die Autorität des Parlaments dem Lande gegenüber stärken werde. Nichts liege ihm ferner, als die Mitarbeit des Parlaments ausschalten zu wollen. Die endlosen Debatten, die die von Herriot gewollte Beschränkung der Vollmachten zur Folge haben würden, mißfielen die allgemeine Zerrüttung beschleunigen. Die Regierung sei sich wohl bewußt, daß sich ihre Lage noch schwieriger gestalte, indem sie sich den Forderungen Herriots widersetze. Sie nehme das aber in Kauf und solle, wenn es sein müsse.

Aus der sich anschließenden Debatte sind die Ausführungen des Abg. Marin, des Führers der Rechten, erwähnenswert, der der Regierung vorhielt, daß sie immer die Notwendigkeit einer raschen Aktion predige und die Kammer zur Eile antreibe, selbst aber seit Wochen so gut wie nichts getan habe. Seit nahezu sechs Monaten ziehe Briand das Parlament von einer Unsicherheit zur anderen hin. Kein Parlament der Welt könne sich damit abfinden, einer Regierung so weitgehende Vollmachten zu geben, wie Briand sie verlange.

Kurz vor der Abstimmung ergriff nochmals Caillaux das Wort, um den von ihm vorgelegten Sanierungsplan zu rechtfertigen. Er erklärte, es gäbe keine andere Rettung. Die Kapitalabgabe sei unüberwindlich, so bleibe nur die Stabilisierung entweder mit Hilfe von Auslandskrediten, oder mit Hilfe des Metallbestandes der Bank von Frankreich. Die Regierung müßte daher den von ihr vorgelegten Text aufrechterhalten. Hierzu stellte der stellvertretende Kammerpräsident den Übergang zur Einzelberatung zur Abstimmung. Finanzminister Caillaux erklärte, die Regierung stelle für den Übergang zur Einzelberatung die Vertrauensfrage. Ministerpräsident Briand erklärte, die Regierung werde diesem Entwurf den übrigen als Gegenentwurf gegenüberstellen und für ihn wiederum die Vertrauensfrage stellen. Es folgte die Abstimmung, die den Sturz des Kabinetts brachte.

Aber das Stimmverhältnis liegen bisher nur allgemeine Angaben vor. Danach stimmen dagegen die Sozialisten und Kommunisten. Eine Anzahl Sozialrepublikaner und Radikale enthielten sich der Stimme, andere stimmten dagegen, während der Rest der Radikalen, sowie einige Sozialrepublikaner für die Regierung stimmten. Auch die radikale Linke und die unabhängige republikanische Linke stimmten für die Regierung. Bei den übrigen Mittelparteien war die Abstimmung nicht einheitlich. Die demokratische republikanische Vereinigung und die zu keiner Fraktion gehörenden Abgeordneten waren in ihrer großen Mehrheit gegen die Regierung.

### Herriot bei der Kabinettsbildung.

Paris, 19. Juli. Herriot ist von dem Präsidenten Doumergue mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt worden. Er hat am Sonntag nachmittag mit verschiedenen Parlamentarier verhandelt, um ein „Konzentrationkabinett“ zu bilden, dem Vertreter sämtlicher bürgerlicher Kamergruppen angehören sollten und für das man die passive Unterfertigung der Sozialisten erwartete. Eine Unterredung, die Herriot am Abend mit Marin hatte, dem Führer der Demokratischen Union, ergab, daß dieser Gedanke unausführbar ist. Marin gab nach der Unterredung unerwartet die sensationelle Erklärung ab, daß nach seiner Ansicht die Wiedererrichtung des Frankens unter dem Kabinett Herriot keine Fortschritte machen werde. Diese Erklärung warins läßt den sicheren Schluß zu, daß eine Verständigung zwischen seiner Gruppe und den Radikalsocialisten zur gemeinsamen Bildung der Krise gescheitert ist. Die parlamentarische Situation wird dadurch äußerst kompliziert. Ein Kabinett der nationalen Einigung, von dem immer wieder die Rede ist, erscheint ausgeschlossen, ebenso ein nach rechts orientiertes Zentralkabinettskabinett. Als Ausweg zur Bildung der Krise betrachtet man vielfach die Neubildung des Linkskartells, um die sich Herriot scheinbar bemühen will. Die Sozialisten haben Herriot ihre Unterfertigung zugesagt, unter der Bedingung, daß die von ihm gebildete Regierung die Kapitalabgabe durchführen werde.

### Am das Ermächtigungsgesetz.

#### Im Finanzausschuß abgelehnt.

Am Freitag legte der französische Finanzminister Caillaux dem Finanzausschuß der Kammer das Ermächtigungsgesetz vor. Die Behandlung der Sache durch den Ausschuß war kurz, aber für Caillaux nicht schmerzlos.

Nachdem Caillaux den Gesetzentwurf begründet hatte, wurde mit 15 gegen 10 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen beschließen, in die Debatte über den Gesetzentwurf einzutreten. Nach kurzer Aussprache wurde der erste Artikel mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt.

Der abgelehnte Artikel hat folgenden Wortlaut:

Die Regierung wird ermächtigt, bis zum 30. November 1926 durch besondere Gesetzesbeschlüsse des Ministerrates sämtliche Maßnahmen zu ergreifen, die zur Befreiung der finanziellen Lage und zur Stabilisierung der Währung angeeignet erscheinen.

Der Finanzausschuß nahm dann mit 8 Stimmen bei 30 Enthaltungen (1) eine Abänderung des Artikels an, die dahin lautet, daß die Regierung ermächtigt wird, bis zum 30. November 1926 durch Dekrete, die vom Ministerrat bewilligt werden, die Finanzreform und die Währungsstabilisierung durchzuführen in Übereinstimmung mit den im Anfang der Begründung zu dem Entwurf aufgeführten Maßnahmen.

Diese Abänderung bedeutet, daß der Regierung keine Blankovollmacht gegeben werden soll. Tatsächlich bedeutet der Regierungsentwurf eine kaum noch verhällte Finanzdiktatur für den Zeitraum von sechs Monaten. Zwar wird nach Artikel 2 des Entwurfs das Parlament berufen werden, nachträglich die von ihm auf dem Wege von Dekreten verfügten Maßnahmen zu ratifizieren. Da aber die eventuelle Weigerung des Parlaments, zu ratifizieren, keinerlei rückwirkende Kraft haben würde, hat diese Bestimmung nur rein platonische Bedeutung.

An Einzelheiten wird zu der Sitzung der Finanzausschusses noch mitgeteilt, daß Caillaux erklärt hat, er müsse auf der Ratifizierung der Schuldabkommen sowohl mit London als auch mit Washington bestehen, um ausländische Kredite zu erhalten. Caillaux fügte noch hinzu, es sei zu erwarten, daß der jetzige Vertrag mit Washington Währungsfragen erfahren werde. Caillaux deutete auch die Möglichkeit an, daß möglicherweise die deutschen Eisenbahnobligationen als Pfänder für Kredite benutzt werden könnten.

### Mellon winkt ab.

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist von Washington nach New York abgefahren, um sich hier zu seiner Europareise einzuschiffen, die ihn nach England, Deutschland und Frankreich führen wird. Vor seiner Abreise wies er schäffens die Versuche Frankreichs zurück, auf Grund des Abkommens mit England eine Erleichterung der Bedingungen des Schuldenabkommens mit Amerika zu erreichen. Er betonte, daß sich kein anderes Land großmütiger gegen Frankreich gezeigt habe als Amerika.

### Dr. Bell Reichsjustizminister.

Als Nachfolger von Marx. Reichspräsident v. Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichszustanzlers den Reichsminister a. D. Dr. Bell zum Reichsminister der Justiz ernannt und ihn gleichzeitig mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der besetzten Gebiete beauftragt. Die Ernennung kommt nicht überraschend, da Bells Name schon seit längerer Zeit für diesen Posten genannt wurde. Das Justizministerium wurde bekanntlich bisher vom Reichszustanzler Dr. Marx mitverwaltet.

Der Reichsminister der Justiz Dr. Bell nahm am 17. d. M. aus Anlaß der Übernahme seines Amtes die Vorstellung der Beamten und Angestellten entgegen. Staatssekretär Dr. Joel bewillkommnete den neuen Minister und wünschte ihm eine lange und erfolgreiche Amtsführung. Reichsminister Dr. Bell erklärte, daß er in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft des Reichsjustizministeriums seine Kräfte der Erhaltung und Festigung des Rechtsgedankens widmen wolle. Dr. Bell hat gleichzeitig auch die Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete übernommen. Bei seiner Begrüßungsansprache an die Beamten unterstrich er die Notwendigkeit, für die Interessen des besetzten Gebietes einerseits dadurch zu wirken, daß der nationale Gedanke, der diese Gebiete an das Reich bindet, kräftig hervorgehoben werden müsse, andererseits, daß für die Rechte der Einwohner des besetzten Gebietes im Rahmen des Möglichen alles getan werden müsse. Reichsminister Dr. Bell gab fernerfalls die Verantwortlichkeiten der besetzten Gebiete als ein Sohn des Rheinlandes auch innerhalb des Reichsministeriums wirken werde.

### Das Geheimnis von Magdeburg.

Schöder will nicht der Mörder sein. - Haas' Mord ist bisher nicht erwiesen.

Die Mordaffäre in Magdeburg gestaltet sich immer rätselhafter. Entgegen den ersten Meldungen wird jetzt mitgeteilt, daß der unter Wobdenbercht beschaffte Schöder gar kein Geständnis abgelegt hat, den Wuchhalter Helling ermordet zu haben. Er gibt nur zu, daß er den Diebstahl der Helling gehörenden Uhren und